

Unrechte beginnen. Hierbei dürften vor allem die Amerikaner den Rückschlag geben. Und da die Vereinigten Staaten die Einladung, an den Haager Besprechungen teilzunehmen, angenommen haben, so darf man hoffen, daß sie ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber den europäischen Krägen aufheben, und damit auch in Paris ihre gewichtige Stimme zugunsten einer vernunftsgemäher Regelung der Reparationen erheben werden.

Die Sachverständigentagung im Haag

Genua, 15. Mai, 5 Uhr nachmittags.
Die heutige Sitzung der ersten Kommission des politischen Ausschusses hat keine Übereinstimmung gebracht. Zunächst wurde die bekannte Note der Russen verlesen. Schauer erklärte, daß er bereit sei mit Tschitschirin Absprache genommen und die Vorwürfe als unverantwortlich zurückgewiesen habe. Die Beratungen der Unterkommission hätten sich lediglich auf die Beantwortung der russischen Note sowie auf das Memorandum erstreckt, und es sei selbstverständlich unumstößlich gewesen, dazu die russische Delegation eingeladen. Sobald erfolgte nach dieser Beratung die Annahme der bereits am Sonntag von Lord George gemacht und von den Alliierten unterschriebenen Vorschläge, die mit einem gleichfalls vom englischen Kabinettvorsitzenden verfassten Begleitschreiben inzwischen den Russen überreicht worden sind. Außerdem wurde ein Anhang zu den Vorschlägen angenommen, der den Entwurf der Antwortnote in die russische Delegation enthält.

In dem offiziellen Telegramm bestätigt sich, daß

Deutschland

die familiären Haager Besprechungen ausgeschaltet wird. Am 15. Juni werden zunächst die in Genua verbliebenen Russen, anschließlich Russland, zusammenkommen, jedoch erst am 26. Juni gemeinsame Beratungen mit der gleichfalls von Russland einzuführenden Spezialkommission stattfinden. Am 1. Juli soll eine Einladung gerichtet werden, sobald feststeht, daß die Vereinigten Staaten zu deren Annahme bereit sind. Dem Kabinett der Alliierten und der Neutralen, der am 15. Juni zusammentritt, soll das Entscheidungsrecht darüber zustehen, wie die Spezialkommission zur Führung der späteren Verhandlungen mit der russischen Kommission zusammengelegt wird. Bemerkenswert ist, daß die Russen die Klausel, daß nach der Sondervertreterage schallt, wenn es in einer Frist von drei Monaten nicht aktuelle, gemeinsame Ausarbeitungen über die noch nicht gelösten russischen Fragen, wie Schulden, Privatentgelt und Kredite, vorliegen und wenn die gegebenenfalls vorgelegten Anempfehlungen nicht in einem Monat nach dem Datum der Anempfehlung von den Konsuln der Alliierten akzeptiert worden sind. Das Schluß der Vorschläge bildet eine Erwähnung an die Regierungen der beteiligten Delegationen, keine verbale Abkommen bezüglich der füller anderen Ausländer schreibenden Gütern anzuerkennen oder zu unterdrücken, bevor die Arbeiten der Sachverständigentagung breiten sind, und vor der Annahme ihrer Ausarbeiten, falls eine solche erreicht werden sollte. Peint wird noch, daß die britische und die französische Delegation bisher die Vorschläge nicht unterzeichnet haben, jedoch erklärt, ihren Abschluß einer Einigung anzugemessen.

Der Anhang zu den Vorschlägen, der sechs Klauseln umfaßt, weist auf den Besitz der Alliierten hin, wie er sich aus den Vorschlägen ergibt, und besagt u. a., daß das Namensversprechen der beiden Kommissionen bis zum 20. Mai allen Regierungen mitgeteilt werden soll und daß der Zusammenschluß zur gemeinsamen Sitzung am 26. Juni ins Haag erfolgt. Weiter verpflichtet er Russland und die übrigen Konferenzteilnehmer auf Vorentscheidlichkeit, sich jeder ausschließlichen Propaganda zu enthalten. Diese Verpflichtung soll auf der Bekräftigung des neuverwirklichten Status quo ante der Neuen, wie sie in den Beiträgen vorgezeichnet sind, beruhen und so lange in Kraft bleiben, bis die ungelösten Grenzfragen für Europa aerrichtet sind. Hervorzuheben wird besonders, daß die Verpflichtungen bezüglich der Propaganda den Regierungen es ausweisen, die politischen Organisationen in anderen Ländern finanziell oder in anderer Weise zu unterstützen, und auf ihrem eigenen Gebiete die Perspektive, in den anderen Staaten gewaltige Handlungen oder solche Aktionen, die den territorialen und politischen Status quo ante überwanden, vorzubereiten, zu unterstützen.

Eigene Drachtmeldung

Genua, 16. Mai. Der Tod der Konferenz macht sich inzwischen auch im Leben und Treiben innerhalb der Stadt bemerkbar. Vor wenigen Stunden mit den blauen Sternen, als Kennzeichen für einen Delegationsangang. Die ungünstigen Rahmen, die modernen den Eindruck einer großen Festlichkeit erwecken,

Leben • Wissen • Kunst

Das Wandern

Begeisterung der gymnasialen Abteilung einer Universitätsklinik, welche sportlich und wissenschaftlich sich mit dem Wandern intensiv beschäftigen, sagten, daß das Wandern eine der besten Stoffwechselkur ist und führen als Erklärung folgendes an: In der ersten Nacht einer Wanderung schlafst man gerade nicht besonders gut, auch am Tage ist weder eine Erholung des Appetits, noch eine ausfällige Besserung des Allgemeinbefindens wahrzunehmen. Aber schon am zweiten Tage wird der Appetit lebhafter und in der darauffolgenden Nacht der Stoffwechsel und erneuerender. Dies sind die Zeichen für einen intensiveren Ablauf des Stoffwechselvorganges, der einen erhöhten Gesundheitszustand bedeutet. Bei mehrstündigen Wanderungen macht sich das Schlaftbedürfnis in bestimmtem Maße geltend. Es ist jedoch zu empfehlen, daß vermehrte Schlaftbedürfnis zu befriedigen, wenn es sich im Verlauf der Wanderung einstellt, denn im tiefen und längeren Schlaf vollzieht sich ganz besonders eine Regeneration der Nerven, währenddessen Kortisol herabgesetzt. Auch die Gewichtszunahme äußert sich nach einer Wanderung und macht sich am stärksten bei Kindern in den Entwicklungsjahren bemerkbar.

Jeder, der eine Wandertour unternimmt, soll ausgerüstet sein. Anfänger sollen sich nicht zuviel anstrengen, das schadet nur. Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren sollen auf einer mehrstündigen Tour meistens nicht mehr als 10 Kilometer zurücklegen, jedoch kann man die Leistung allmählich erhöhen bis zu einer Höchstleistung von 20 bis 25 Kilometer, welche unter keinen Umständen überschritten werden sollte. Auch Erwachsene sollen sich vor Überanstrengungen hüten. 20 Kilometer für den ersten Tag sind vollkommen ausreichend und mehr als 25 Kilometer pro Tag soll sich niemand summen, denn das Kilometerstreifen ist äußerst schädlich und soll nicht der Zweck des Wanderns sein.

Gefällt es dem Wanderer an einer Stelle besonders gut, soll er sich nicht um seinen Tagesplan kümmern, sondern dort verweilen, so lange es ihm gefällt, nur dann genießt er. Will ein Wanderer möglichst große Strecken haben, so muß er die Technik des Gehens beherrschten. „Gehen“ läßt sich schriftlich ebenso wenig schreiben, wie Schreibe brieflich von einem Arzt behandelt werden können. Der Tourismusverein „Die Naturfreunde“ Gruppe Dresden stellt hier also und etliche andere Tücher zur Verfügung, um den „Wanderfreuden“ den Nutzen des Wanderns zu fördern und damit Freiheit und Abenteuer möglich zu halten.

berlebenden noch und noch. Das Gedränge auf den Straßen hat aufgehört — kurz, es wird wieder Alltag. Leben und Treiben dafür auf dem Bahnhof. Einzelne Delegierte haben Genua bereits verlassen und haben Hotelzimmern zurückgelassen. Auch die deutsche Delegation verlässt sich zusehends. Täglich eintreten Abreisen, die einen Sonderzug für die Rückfahrt gewidmet machen. Von den Sachverständigen sind nur noch drei anwesend und zwei davon leben auch im Begriffe abzureisen.

Am Mittwoch wird der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schröder, der übrigens heute seinen 58. Geburtstag feiert, zu dem wie ihm nachdrücklich prahlend, Genua verlassen, um bei der Ratssitzung seines Staats im Reichstag Ende dieser Woche anwesend zu sein. Auch der Reichsbeamte trifft heute bereits Reisedokumente. Wahrscheinlich wird er auf der Rückfahrt in eine bayerische Stadt über Genua sprechen.

Der englische Vertreter befindet sich gegenwärtig in Washington, doch George bereitete heute seine Rückfahrt gegenwärtig gegenwärtig nach Washington gewandt habe, um zu erfahren, ob eine Einladung zu den Haager Besprechungen angängig ist.

Eigene Drachtmeldung

Genua, 16. Mai. Die russische Delegation wird gegen das Verbot, Sondervertreter abzuholen, das sie als Fortsetzung der Blockade deutet, protestieren, ohne daß sie von dem Ergebnis dieses Protestes die Teilnahme an den Haager Besprechungen abhängig macht. Großfürst hat sich bestimmt für eine Annahme geäußert, und auch Radowitsch erklärte in seiner allerbesten Vorlesung gestern, daß eine russische Sachverständigen-Kommission im Haag erscheinen werde, obwohl er wegen der Lage Russlands lieber Riga oder Stockholm als Tagungsort vorgesehen hätte. Radowitsch wird weiter daran hin, daß Russland für den Vorsitzenden besonders geeignet zu haben sei, weil es sowieso immer in der Rolle des Angegriffenen gewesen sei. Er forderte bei dieser Gelegenheit kategorisch, daß die Deutschen in den am Nachbarland grenzenden Nachbarländern einschalten werden.

Durch die Interpretation der Bedingungen der Alliierten, die heute abend von dem englischen Vertreter vor der Presse erfolgt, wird den Russen die Annahme wesentlich erleichtert. Russland ist das Recht zugeschlagen, die in Vorbereitung bestehenden Wirtschaftsverträge zu erledigen. Das Verbot richtet sich hauptsächlich gegen politische Annahmen, mit andern Worten, man will vorläufig die De-Aussichtserklärung noch verhindern. Tschitschirin wird in der morgen stattfindenden Sitzung der politischen Kommission, an der Frankreich und Belgien nicht teilnehmen werden, die russische Haltung präzisieren. Man erwartet dann für Dienstag abend eine schriftliche Bestätigung der Annahme durch Russland. Eine Befreiung der politischen Kommission soll sich erst am Mittwoch aber gar am Donnerstag mit dieser Antwort beschäftigen. Infolge dieses umständlichen Verfahrens wird mit dem Abschluß für Sonnabend gerechnet, so daß viele Delegierte ihre Reisedokumente umstellen müssen.

Die Generalratswahlen in Frankreich

Paris, 16. Mai. Gestern fanden in Paris und allen Departements, mit Ausnahme des Elsass-Departements und Algerien, die Wahlen für die Hälfte der Generalräte und für die Hälfte der Kreisräte statt. Im ganzen Polen sich nach einer Konsolidierung 1491 Wählerkörte zur Wahl, darunter vier Mitglieder der Regierung, nämlich der Ministerpräsident Poincaré, der Kolonialminister Sarraut, der Verkehrsminister Tissier und der Minister des Inneren Marquet.

Das bisherige Ergebnis

Paris, 16. Mai. Der Minister des Innern veröffentlichte um 6.30 Uhr folgende Zusammensetzung der Ergebnisse der Generalratswahl:

Konservative vor der Wahl 122, nach der Wahl 104, Republikaner (Demokratisch-republik. Partei) 213 bzw. 215, Einheitsrepublikaner 518 bzw. 475, Radikale und Radikalföderalisten 437 bzw. 430, Republikanische Sozialisten 65 bzw. 59, Sozialisten 64 bzw. 41, Kommunisten 21 bzw. 17, zweifelhaft ein Ergebnis, noch nicht veröffentlicht zwei Stichwahlen 164.

Neudeutsche Justiz

Zur Münster wird uns berichtet: Unter Parteiblatt in Münster, der Volksstimme, war auf Veranlassung des Polizeihauptmanns Gossmann aus dem Sekretariat der Schupo-Sicherung in Münster entfernt worden, da es einige Tage vorher die Teilnahme von Schupo-Sicherern an einer Kaiser-Geburtstagsfeier und die Eröffnung einer Reichsschule vor der Schupo-Sicherung gerügt hatte. Der Volksstimme brachte nun eine neue Notiz, in der der Polizeihauptmann wegen des Verbots angegriffen wurde. Die Polizei war ein Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur, der sich dieser

Tage vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Das Blatt lautete wegen Belästigung des Polizeihauptmanns auf 10.000 Goldstücke oder 200 Tage Gefängnis. Die Wahrnehmung der Richter Interessen wurde verwirkt. Der Amtsgerichtsrat plante sogar noch, daß die „Vorstrafen“, die der Angeklagte gegen Breitberg, „als als verantwortlicher Redakteur erhalten hat“ werden lehnt, daß ein Jahrgecht zu niedrig liegt, strafverschärft werden. Von besonderem Interesse ist, daß der als Heute nominierte Polizeihauptmann unter seinem Eid befunden, er durch Entfernung des Volkswillen angeordnet, weil es sich um einen politischen Rücksicht handelt, das laut Verfügung des Ministers des Innern für die Beamten-Leser in den Schupo-Sicherern verboten sei. Wenn der Polizeihauptmann unter seinem Eid diese Auslage gemacht hat, dann wird die Strafe bestimmt, ob sie nicht eine zum mindesten fiktive Verleumdung der Seite aufpflicht vorliegt. Es ist davon einzusehen, daß Genoss Sebiring vor einiger Zeit einen Polizeihauptmann vom Dienst suspendierte, weil er den Vormarsch seiner Freiheit verbot. Daraus geht schon allein hervor, daß es in preußischen Schupo-Sicherern keine Verfügung gibt, die diesen politischen Zeitungen dürfen nicht in den Kästen der Schupo-Sicherung wieder an ihren Dienstort zurückkehren werden.

Genoss Sebiring hat sofort, was in seiner Macht stand, veranlaßt, um diese unerhörte Geschichte zu führen. Der Polizeihauptmann Gossmann wurde durch eine am Freitag erlaubte Verfügung von Münster verhaftet, und die republikanischen Schupo-Sicherer, die dieser Seite der Monarchie wegen ihrer Bekämpfung aus Münster verhaftet waren, wurden auf Anordnung des Generals Sebiring wieder an ihren Dienstort zurückgekehrt.

Das Urteil des Schöffengerichts in Münster bleibt als charakteristisch für den Geist der Justiz. Wegen Beleidigung eines reaktionären Offiziers, der die Verleumdung mißachtet, die Rechtsordnung herabläßt, gegen die Verfügung seines höchsten Beamten verstoßen, wird ein Redakteur zu 10.000 R. Geldstrafe verurteilt. Wenn aber irgend ein preußischer Minister des Innern oder andre republikanische Staatsmänner in der niederrädrigsten Weise beleidigt, dann wird er zu 200 R. Geldstrafe verurteilt oder gar freigesprochen. Das Ganze nützt man wunderbare Justiz!

Die Einheitsfront der Kommunisten

Am Sonntag und Montag flog im Reichstaggebäude der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach der agitatorischen Tätigkeit der Kommunisten in der letzten Zeit und dem Titel des Begrüßungsbogens in der Sonntagsausgabe der Berliner Roten Fahne zu urtheilen bestand die Hauptaufgabe der Konferenz darin, die Tafel der „Einheitsfront“ zu beprüfen und für die weitere Tätigkeit auf diesem Gebiete Beschlüsse zu fassen. Die Sitzung fand unter Teilnahme Karl Radeks statt und soll beschlossen haben, in den nächsten Tagen an allen Orten Aufrufe erscheinen zu lassen, in denen zur Bildung von Arbeiters- und Fabrikkomitees aufgerufen wird. An diesen Komitees sollen alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei beteiligt werden. Man will auf diese Weise eine Basis schaffen, von der aus man seine „Aktionen“ zur Errichtung der „Einheitsfront“ und in anderen Zwecken unternehmen kann. Es ist selbstverständlich, daß unter Parteigenossen sich an der Bildung der kommunistischen Komitees nicht beteiligt werden. Die Einheitsfront löst sich nicht durch Beischluss der Kommunistischen Partei herbeizuhören. Die andern sozialistischen Parteien, vor allem die sozialistische Arbeiterspartei in Deutschland, haben dabei nur ein Wort mitzureden. Solange die Kommunisten von ihrer radikalistischen und terroristischen Politik nicht lassen, solange sie am Bürgerkrieg teilhaben, solange sie glauben, durch die Sprennung von Gewerkschaftskongressen die Einheitsfront, wie sie sie ausführen, herstellen, solange sie jedoch andere politische Meinung dort unterdrücken, wo sie regieren, solange sie die Einflussnahme und Errichtung von Sozialisten der Einheitsfront vorziehen, so lange kann die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands nicht daran denken, mit den Kommunisten gemeinsam zu arbeiten. Voraussetzung und wahrste Voraussetzung für die Errichtung einer sozialistischen Einheitsfront ist der Verzicht auf jede Gewaltpolitik gegen Andersdenkende, die Anerkennung der demokratischen Freiheiten und ihre Gewährung an alle Staatsbürger.

Hermes in Paris

Berlin, 15. Mai. Der Reichsinnenminister Dr. Hermann hatte heute nachmittags in Paris die erste offizielle Besprechung mit dem Präsidenten der Revolutionskommission, Dubois, über den deutschen Staat und über das Gesetz, betreffend die Annahme des

Staatsvertrags im Vorfeld des Jahres 1923. Unter dem Vorbehalt, daß die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden, die Einheitsfront löst sich nicht durch Beischluss der Kommunistischen Partei herbeizuhören. Die andern sozialistischen Parteien, vor allem die sozialistische Arbeiterspartei in Deutschland, haben dabei nur ein Wort mitzureden. Solange die Kommunisten von ihrer radikalistischen und terroristischen Politik nicht lassen, solange sie am Bürgerkrieg teilhaben, solange sie glauben, durch die Sprennung von Gewerkschaftskongressen die Einheitsfront, wie sie sie ausführen, herstellen, solange sie jedoch andere politische Meinung dort unterdrücken, wo sie regieren, solange sie die Einflussnahme und Errichtung von Sozialisten der Einheitsfront vorziehen, so lange kann die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands nicht daran denken, mit den Kommunisten gemeinsam zu arbeiten. Voraussetzung und wahrste Voraussetzung für die Errichtung einer sozialistischen Einheitsfront ist der Verzicht auf jede Gewaltpolitik gegen Andersdenkende, die Anerkennung der demokratischen Freiheiten und ihre Gewährung an alle Staatsbürger.

Auf diesen beiden Seiten ist der Unterschied zwischen dem Vorbehalt und dem tatsächlichen Vertrag. Der alte Rektor präsentiert den Vorfall ihnen mit den Worten: „Während die Eltern einen Gatten suchen, bereitet ihnen das Töchterchen die ungewöhnliche Hochzeitsschmuckung, einem gesunden Knaben das Leben.“

Im Hamburg (Ministerialien Mario Kunde) wurde eine umfangreiche Sonderausstellung des Düsseldorfer Malers und Graphikers Franz Gaudez eröffnet.

Neue Bücher

Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Von Eduard Brückel. Wien 8. 1922. Verlag der Österreichischen Buchdruckerei und Verlagsanstalt. — Als Anhänger des Österreichischen Sozialdemokratischen Parteibundes haben sieben Dokumente der Revolution 1848 die erläuterten. Eine Geschichte über die Preßfreiheit der Nationalversammlung und Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft, die sich in den Jahren 1848 und 1849 entwickelten, ist ebenfalls enthalten.

Das neue Werk ist eine detaillierte Darstellung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr interessant und informativ.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Das Werk ist sehr informativ und detailliert. Der Autor hat die Arbeiterschaft in Österreich in den Jahren 1848 und 1849 untersucht und die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich dargestellt. Das Werk ist sehr informativ und detailliert.

Dienstag den 16. Mai 1922

Deutscher Reichstag

210. Sitzung vom 15. Mai, 2 Uhr mittags
Die Beisetzung des Gaste des Postministeriums wird beim
Ministerialrat fortgesetzt.

Adr. Bubell (M. Soz.) bestreitet, daß die Sparkommission
eine Verteilung der Aufgaben des Vermieterpersonals, das auf Kosten der Ar-
beitsaufgaben unterhalten wird. Jede freie Initiative wird bei der
Post durch die große Zahl der Verwaltungsbürokraten gehemmt.
Unter diesen Umständen wird trotz allen Tarifabschlüssen
die Einheit nicht ins Gleiche geworfen. — Der Rektor kritisiert
die bekannten monarchistischen Treibereien der
alten Beamten, die auch nicht davor zurückstehen, ihre Unter-
werter zu bringen, etwa eine Glücksmünze zu kaufen, um den Vermieter
zu überreden. Durch den Erlass des Ministers über die Neuordnung
der Leistungsausübung sei neue Erregung in die Beamtenchaft
ausgetragen worden, weil sie dadurch der legitime Recht ihrer gege-
benen Meinung genommen werden soll. Vielfach werden Beamte ver-
boten oder gehänselt, nur weil sie außerhalb des Dienstes von
den staatlichen Ämtern Gebrauch gemacht haben. Große
Geschäftsführer und Hörer würden hervorgerufen durch die Art,
wie man verheiratete Deute bei der Post entlädt und zum
Jahr durch junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren

abg. Morath (D. Sp.) bestreitet die falsche Personalpolitik der
Post. Vor der Entlassung überzähliger Helfer darf die Postverwal-
tung nicht zurücktreten. Sie muß vielmehr rücksichtslos durch-
setzen, wo Erfahrungen notwendig sind. Notwendig ist eine Reform
der Verwaltung und des Postwesens auf dem flachen Lande. Die
Leistungsausübung werden nach den Bestimmungen des Amtes
unter 33 ihre großen Aufgaben kaum erfüllen können. Im
Augenblick gibt es den Redner seiner Benutzung darüber zufrieden, daß
es gelungen ist, in mancher Beziehung den Postbetrieb wieder vor-
zutragen.

Reichspostminister Giesbert:

Die Erfahrungen des Rechnungsjahrs 1921 berechtigen und
die Annahme, daß mit den Gebührenzäpfen vom Januar wieder
der Erfolg erzielt werden kann. Durch die Verfolgungs-
maßnahmen hat die Post 9 Milliarden Mebrausgaben, und durch die
Erhöhung der Materialpreise noch 8 Milliarden, insgesamt also
etwa 17 Milliarden Mark mehr zu tragen. Darum sind Erfahrungen
aus früheren Zeiten unbedingt notwendig. Nach der neuen Vorlage
der Postkarte im Ortswertsteuer 75 Pf., im Fernverkehr 1,50 Pf.,
Brief im Ortswertsteuer bis 20 Gramm 1 Pf., im Fernverkehr je
bis Gewicht 8 M., 8,50 und 9 M. kosten. Das Drucksachen-Posto-
ffice mit 30 Pf. beginnen. Der befürchtete Rückgang des Postver-
triebs nach der letzten Erhöhung ist nicht eingetreten. Im März
sind die Einnahmen gegen den Vorjahrszähler bedeutend ge-
zogen, wenn auch in einzelnen Gebieten ein Rückgang eingetreten
ist. Zum vorliegenden Jahr müssen wir rund 1,4 Milliarden Mark
gewinnen machen. Insbesondere wird die Frage zu prüfen sein,
ob die abendländische Arbeitszeit restlos ausgenutzt werden kann.

Die Postarbeiter werden nicht wie behauptet wurde, ein-
zur Strafe gesetzt. Wer länger als fünf Jahre bei uns
beschäftigt ist, hat Anspruch auf eine vierwöchige Abwendung und
dann als Abtschergeld einen Monat Gehalt. Wir sind den Post-
arbeiter Dank schuldig, und somit es geht, ist für sie gesorgt worden.
Wie sind gezwungen, langsam wieder Ordnung in diesen Ver-
hältnissen zu schaffen. Die Helfer-Frage muß wieder in die
öffentlichen Rahmen gelenkt werden, zumal die Post, sobald besondere
Verhältnisse auftreten, und sie für bestimmte Perioden auf Hilfskräfte
angewiesen ist.

Die Aufzehrung der Beamten an einzelnen Stellen erklärt
daraus, daß die Beamten aus den abgetrennten Gebieten mög-
lich in der Nähe ihrer alten Heimat bleiben möchten. Auf solche
Weise müßten wir Rücksicht nehmen. Wie wissen, daß bald ein
Zeugnis gefunden wird, um die gerechten Beschwerden der mittleren
Beamtenchaft zu befriedigen und die Frage der
verheirateten Beamten,

in denen sozialistischeweise behauptet wird, sie töten ihre
Söhne nicht mehr, geregelt wird. Das Pflichtbewußtsein und Ver-
antwortungsbewußtsein bei Beamten und Angestellten sei wiederhergestellt.
Die Postanstalten seien gegenüber 1920 auf ein Schnell zurück-
gegangen. Der Telegraphen- und Telephonverkehr habe eine sehr
rasche Ausdehnung erfahren, die Zahl der Ferngespräche sei um
5 Prozent gestiegen, und gegenwärtig seien 800 Postautomobile
im Dienst. Mit den Postverwaltungen der anderen, auch der ehe-
maligen feindlichen Länder hat sich ein gutes objektives Zusammensetzen ergeben. Der Ausbau der technischen Einrichtungen, ins-
besondere des Fernsprechverkehrs, wird nach besten Kräften ge-
tuert. Auf diesem Gebiete darf nicht falsche Spannung ge-
schafft werden. Unser Stab steht dabei, möglichst vollkommen tech-
nische Verkehrsmitteilung zu haben. Wenn die Gelder dafür nicht auf-
gebracht werden, so wird großer wirtschaftlicher Schaden entstehen.
Der Postbetrieb beginnt die alte Höhe zu erklimmen und war im
Zweiten Weltkrieg 1920 nur noch wenige Prozent hinter dem
Vorjahr im Jahre 1913 zurück.

Staatssekretär Teufe: Es ist falsch, daß zu viel Verwaltungs-

personal im Postwesen getan wird. Nur 52 Prozent der Gesamtbe-
völkerung werden für Verwaltungszwecke verwendet.

Schluß 8 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr.

Das neue Mieterschutzgesetz

Was wird geschrieben: Neben dem Reichsmiet-
gesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten
enthält, so sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen recht-
lichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln.
Es wird versucht in dem Entwurf eines Gesetzes über
Mieter und Mieteinigungsbürokrat, das für
den Reichsrat angemessen wurde und demnächst den Reichstag
vorstellt wird. Zusammen mit dem Reichsmietengesetz bringt
der neue Entwurf eine umfassende reichsrechtliche Regelung des
Wohnungsnot erforderlich gewordenen neuen Rechtschaf-

ten. Das Gesetz begreift zunächst den Mieter vor einer gegen
seinen Willen erfolgten Aufhebung des Mietverhältnisses so weit
als sich dies mit den berechtigten Interessen des Ver-
mieters irgend vereinen läßt. Dieses Ziel sucht es vor allem da-
zu zu erreichen, daß die Lösung des Mietverhältnisses nur aus
den Bedingungen im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zu
scheinen soll, so z. B., wenn der Mieter den Vermieter stört be-
sonders, wenn er die Mieträume durch unangemessenen Gebrauch
oder Verzinsung erheblich geschädigt, oder wenn er
einen dritten den Mietraum überlädt, wenn der Mieter
eine am zweit aufeinander folgenden Terminten den Mietzins
gezahlt hat, oder wenn schließlich der Vermieter unter An-
spruch besonders schwerwiegender Gründe den Mietraum für sich
ausnutzt. Die Absicht des Vermieters, den Raum selbst
ausnutzen zu nehmen, soll jedoch allein nicht genügen. In erster
Linie muß dadurch verhindert werden, daß sich jemand durch An-
eignung eines Hauses eine Wohnung verschafft. Der Vermieter hat
natürlich das Recht, seine Mieträume auszunutzen, sofern dies nicht
gegen die Interessen des Mieters und der anderen Beteiligten
entgegensteht. Das Gesetz bestreitet, eine Kündigung durch den
Vermieter ist nicht mehr gültig. Das Amtsgericht entscheidet
die Kündigung von Mieter- und Vermieterberichten. Wird
der Mietvertrag aus einem solchen Grunde aufgehoben, so kann
es nicht ordnen, daß der Vermieter dem Mieter die Umtausch-
möglichkeit entzieht, die er in den Verträgen und Gewerbeverhältnissen der Beteiligten,
zum Beispiel im Dienstvertrag, hat.

Zur Zeit die vorgesehene Einführung der Aufhebungslage
und die wissenschaftliche Vereinfachung des Verfahrens angestrebt.

Von dem jetzigen Rechtszustand der Vermieter zunächst
Zuhören vor dem Mieteingangamt die Genehmigung

zur Rückerstattung erzielen und so kann die Rückerstattungslage bei dem
Gericht erheben muß, wodurch er jetzt sofort auf das gerichtliche
Verfahren verwiesen. Hierdurch soll nicht nur eine Entlastung der
mit Arbeit überhäuften Mieteingangsbürokrat erzielt werden, sondern es wird auch im Wege eines Verfahrens vor dem Gericht
eine eingehendere und sorgfältigere Überprüfung des Sachverhalts möglich sein, als dies vor dem Mieteingangamt der Fall
sein kann, ein Umstand, der ebensowohl im Interesse des Mieters
wie des Vermieters liegt.

Der Gesetzentwurf sieht weiter einen Schutz des Mieter
gegen die anfangsweise erfolgende Durch-
führung eines Rückerstattungsurteils vor. Bis das
Mietverhältnis lediglich mit Rücksicht auf ein nachgewiesenes bes-
onders dringliches Interesse des Vermieters aufgehoben, so darf
der Mieter anfangsweise aus den Räumen nur entfernt werden, wenn
für ihn ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- oder Ge-
schäftsbedürfnisse angemessener Erfahrungsspielraum gesichert ist. Auch wenn die Aufhebung des Mietverhältnisses aus anderen Gründen erfolgt, kann das Gericht zur Vermeidung von Härtungen gleichfalls eine ent-
sprechende Anordnung treffen.

Diese Einschränkungen sollen sowohl für Wohn- als auch für
geschäftliche und gewerbliche Räume Gültigkeit haben. Für Bau-
häuser sowie für Räume gemeinsamer Bewohnervereinigungen und
für öffentliche Gebäude gelten sie nicht.

In einem zweiten Abschnitt bringt der Gesetzentwurf ein-
gehende Vorschriften über die Einrichtung der Miet-
einigungsbürokrat und das Verfahren vor diesen. Die
Richtlinie, die sich bei der augenblicklich geltenden Regelung er-
geben haben und zu lebhaften Beschwerden aus Mieter und Vermieterkreis geführt haben, werden zu beseitigen versucht. Vor allem soll in Zukunft gegen die Einrichtung des Mieteingangs-
amtes in gewissen Fällen die Anordnung einer Beschwerdestelle zu-
gelassen sein. Dabei ist nicht an die Schaffung neuer Behörden gedacht; vielmehr kann die oberste Landeshöchste eine Verwaltungs-
behörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht mit den Auf-
gaben der Beschwerdestelle betrauen. Das Verfahren vor dem
Mieteingangamt selbst soll nach Möglichkeit vereinfacht werden.
Um die den Gemeinden durch die Einrichtung des Mieteingangs-
amtes zum Teil erwachsene finanzielle Belastung zu vermindern,
wird die Erhebung von Gebühren vorgesehen. Die Abhängig-
keit des Vorsitzenden und des Beisitzer wird durch besondere Vor-
schriften gelöst. Für die Beisitzer gelten gewisse für die Richter
gegebene Vorschriften; insbesondere sind sie in einer bestimmten
Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen.

Der Entwurf sieht vor, daß das Gesetz am 1. Juli 1923
gleichzeitig mit dem Reichsmietengesetz — in Kraft tritt.

Der Aufschlag der Deutschnationalen

Verhaftung eines zweiten Dokumentenschülers

Fälschungen, ähnlich die des Meisterschwindlers Anspach, die
jedoch nur innerpolitische Verwirrungen anrichten konnten, hat ein
Dochstapler angefertigt, um durch deren Verkauf sich in den Besitz
großen Geldmittels zu setzen. Der Schwindler, mit dem sich
die Kriminalpolizei und die Strafbehörden früher schon wiederholt
zu beschäftigen hatten, ist jetzt von der Abteilung I des Berliner
Polizeipräsidiums enttarnt und unbeschädigt geworden.

Es handelt sich um einen erst 21 Jahre alten Sothen Willi
Bergholz aus Angermünde, der arbeitet in Berlin wohnt. Nach
dem Kriege trat der Gauner zunächst in der Uniform eines Dige-
stebüros, geschmückt mit vielen hohen Orden, auf. Er erzählte,
daß er an der türkischen und bulgarischen Front als Kampfflieger
den Feldzug mitmachte, auch einige Zeit der berühmten Russischen
Stosse angehoben habe. Bald „erwanderte“ er zum Offizier und er-
lebte sich auch den Freiheitsritter zu und nannte sich jetzt Freiherr
Willi von Lübars-Bergholz. Eine ganze Reihe von Personen fielen
auf die Schwindelteile des falschen Kriegeroffiziers herein und
beglückten ihm zum Teil hohe Beträgen; die sie natürlich niemals
wiedergaben. Wo er mit diesen Schwindelteilen kein Glück mehr
hatte, kam er auf den Gedanken, Aufzehrungen einzufertigen und viele
als echte Berichte zu verkaufen. So hatte er u. a.

Protokoll über Geheimshüllungen der Kommunisten

angefertigt, um diese gegen Entschädigung an rechtstadelnde Kreise
auszuliefern und so beide Parteien gegeneinander auszupielten. Er hat sich bei einem Drucker in der Bernburger Straße Ber-
linen drucken lassen. Die folgenden Kopie trugen: „Der Präsident
des W. C. P. A.“ (sollte heißen: Welteuropäischer Demokratisches
Fest der Kommunistischen Internationale Berlin). Andere lauten:
„Präsident der F. D. P.“ (sollte heißen: Interner Bewaff-
nungsbund der Kommunistischen Internationale Moskau). Auf
diesen Vogen sollte er dann Berichte über höchste Geheim-
stümpel her, nach denen ein genauer Kampfplan für eine dem
nächsten Tag aufgestellt worden war. Sie enthielten
einen vollständigen Kriegsplan mit Aufführung der einzelnen
Kompanien,

die nach bekanntem kommunistischen Führern und nach Städten benannt waren. Die Waffen sollten sich in der „Eisenhöhle“ in der
Inspektion Münster-Hamm befinden. Die Waffen sind Maschinengewehre,
Minenwerfer, Infanteriegewehre, Handgranaten und Munition waren genau aufgeführt. Die Sitzung, die in „Santa
Margareta“ stattgefunden haben sollte, sei streng geheim gewesen.
Alle Beteiligten hatten sich in eine Anwesenheitsliste eingetragen
müssen, die er seinen „Dokumenten“ im Abschrift beigelegt. Alle
Schriftstücke waren mit dem Stempel des Sekretariats der Kommu-
nistischen Internationale und mehreren Unterschriften versehen. So
trugen sie auch die Namenstage Tschischerin und Krassius.

Dabei war dem Fälscher das Maibrot unterlaufen, statt Tschischerin
„Tschischkin“ zu schreiben. Den Kreisen, denen er sein „wertvolles
Werkzeug“ zur Verfügung stellte, hatte er erzählt, er sei bei der
Sowjetregierung tätig und dort habe er die Unterlagen erhalten.
Eine ihm befreundete Dame sei ihm dabei behilflich gewesen. Sie
hatte ihn, den Fliegereffektor v. Biel, wie er sich nannte, dazu getrieben, die Stellung anzunehmen. In Wirklichkeit vertrat
er einen ganz anderen politischen Standpunkt. Die Fälschungen
wurden jedoch infolge der sachlichen Fehler entdeckt und der
Schwindler und Dochstapler hinter Schloss und Riegel gesetzt. Nach
seiner gestrichenen Vernehmung wird er heute dem Untersuchungs-
richt vorgeführt.

Es handelt sich hier um einen Fall, der eine genaue Parallel-
heit zu der berüchtigten Magdeburger-Spielschulz-Affäre aufweist.
Im Frühjahr 1920 veröffentlichte die reichsweitigen Staats-
polizei-Amtwerke — genau wie vorher — Berichte über Rot-
armen, die von phantastischen Fälschen und Angaben wimmelten,
alles so sensationally wie möglich. Der Ursprung dieser
Fälschungen deutete auf Magdeburg und durch einen Kontakt
des Magdeburger Oberpräsidiums unter General Orlitzky
wurde hier eine Spiegel- und Fälschungsbürokrat unter Leitung eines
gewissen Altmann, eines überberühmten Fabrikanten, fest-
gestellt, die sich ihre Berichte und Angaben aus den Fingern sog.

Die Fälschungsbürokrat von damals hat die Deutschnationalen
bereits richtig verhandelt, mit derselben Geschäftsgeschicklichkeit dem
phantastischen Herrn Bergholz aufzutischen, wobei man freilich annehmen kann, daß ein Teil der nationalen Blätter selbst nicht
an die Wahrheit der Bergholz-Berichte glaubt, aber gut vol-
kisch. Ein solcher Fälschungsbürokrat kann sie gleichwohl in sensationeller
Ausmaßnahme wiederholen. Wir sind auch seit überzeugt, daß
diese Presse, sobald die Altmann und Bergholz einen dritten Nach-

folger finden, mit derselben Geschäftsgeschicklichkeit erneut Wurm schlagen
und die Möglichkeit der Regierung gegenüber den erfundenen Kampf-
organisationen anklagen wird. Und nunmehr werden sich in den
reaktionären Kreisen ja auch noch finden, die trotz allen Er-
fahrungen die plumpsten Fälschungsbürokrat für höhere Münze
nehmen werden.

Deutsches Reich

Die Hinweisschiebung des Rapp-Prozesses

Berlin, 14. Mai. Nach Mitteilungen von zuhöriger Stelle
ist an den Beginn des Rapp-Prozesses, sobald nicht zu denken,
zumal sich voranschickt eine zweite Operation nötig machen wird.
Erst nach Wiederherstellung des schwerkranken Patienten kann
die Verurteilung eingeleitet werden. Zur Abfassung der An-
klageschrift und zur Eröffnung des Hauptverfahrens kann dann noch
gekämpft werden, falls Rapp nicht wesentliche Einwendungen
gegen einzelne Anklagepunkte erhebt. Vor einem Vierteljahr
würde sich die Anfassung des Verhandlungstermins kaum ermöglichen.

Ein Kommunist zum Landrat gewählt

Bei der Landratswahl für den Saalekreis, die in der letzten
Sitzung des Kreistages vertragt werden sollte, wurde der kom-
munistische Arbeitsschreiber Groß aus Halle mit 15 Stimmen
zum Landrat gewählt. Der Demokrat Müller erhielt 10, Re-
gierungsrat Müller, bisheriger kommunistischer Leiter des
Saalekreises (Sozialdemokrat) 2 Stimmen.

Parteiausschuß und Parteitag

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands ist am 16. Juni zu einer Sitzung einzuberufen. Er wird sich
mit der Vorbereitung des Parteitages beschäftigen, der bekanntlich
in der zweiten Septemberhälfte in Augsburg stattfinden wird.

Ein Schuldiger

Marx Zeitlin richtete vor einigen Tagen an Friedrich
Abele einen Brief, in dem sie u. a. fordert, daß die Sozialdemo-
kratische Partei Deutschlands sich für die Aushebung des Straf-
briefes, der gegen einen rei. Wolf erlassen wurde, einzulegen soll.
Wir erfahren dazu, daß heut. Wolf in Wismar bei Werner Römer
berichtet. Er wird wegen seiner Tätigkeit beim Mitteldeutschen Aus-
land und Untersuchungsbeamter des Reichsgerichts gerächt und ist in
den Hafen vertrieben, der beim Reichsgericht unter der Hubert Böllner
und Genossen geführt wird. Die Sozialdemokratie muß es ab-
lehnen sich für Lenienz ins Zeug zu ziehen, die durch ihre wahnwitzige
Politik Hunderte vom Arbeitern ins Gefängnis gebracht haben.

Gefälschte Spiegelberichte

Berlin, 14. Mai. Die Polizei verhaftete einen 21 Jahre
alten Beamten namens Willi Berndt, der sich schon früher durch
Schwindelcrimes beweisen ließ und dazu übergezogen war, von ihm gefälschte Berichte über Geheimshüllungen der Kom-
munisten gegen Entschädigung an reichstadelnde Kreise zu liefern.

Letzte lokale Nachrichten

Die Leitung der sächsischen Staatszeitung

(N.) Im Kreise wird die Meldung verbreitet, daß ein
Wechsel in der Leitung der sächsischen Staatszeitung und der
Nachrichtenstellen der Staatskanzlei bevorziehe und Verhandlungen
mit einem Berliner Journalisten über ihren Ende nächsten, der
für einen dieser Posten in Stuttgart kommt. Heute ist, daß hin-
sichtlich der sächsischen Staatszeitung tatsächlich mit verschiedenen
Journalisten, darunter auch einem Berliner, wegen Übernahme der
Leitung ihres politischen und volkswirtschaftlichen Teiles verhandelt
worden ist. Die Verhandlungen sind aber durchaus noch nicht
reif zum Abschluß.

In die Elbe sprang heute vormittag gegen 8 Uhr am Te-
rrassenfuß aus Liebesschwarm ein 20 Jahre alter Mann, das von
Schiffen und Lebewohl und Lebewohl gesagt wurde. Er wurde nach den
Herr- und Elternteil gestellt.

Auf dem Neumarkt wurde heute gegen 7 Uhr ein älterer
Herr, der vermutlich schwäbisch ist, von einem Zigaretten-
händler in einem Wochenschriftenladen erfaßt und erfaßt.<br

In der Vorbereitung befindet sich ein Verhörsbuch für den Flugverkehr in ein eingetragener Ausdruck tätig. Ein wirtschaftliches Propagandamittel für Dresden bilden zehn Lichtbildserien, die auf den Wanderausstellungen des Hagenemuseums im Auslande, zur Zeit in Holland und in der Schweiz, gezeigt werden. Aus dem weiteren Tätigkeitsfeld des Vereins sei noch erwähnt, daß die Veranlassung einer Dresdner Kunstwoche im Jubiläum 1923 geplant ist, weiter die Herausgabe Dresdner Bücher, wie z. B. Dresden Industrie, Dresden Galathien u. a.

Müglich ist, daß die Aktionen der S. S. B. h. m. Damals ist es übergegangen sind. Es handelt sich dabei um den Schriftsteller in Augsburg, der aber erläutert hat, nicht daran zu denken, die Persönlichkeit auf der Höhe einzustellen.

Die Veranlassung sprach Herrn Direktor Brechner den Dank für seine erfolgreiche Arbeit aus. In der Aussprache wurde auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, daß im Hauptbahnhof wieder ein Postamt untergebracht wird.

Verbandstag der Militäranwärter

Am 18. und 19. Mai tagte im Soldatenheim zu Dresden der 18. Verbandstag des Südostischen Landesverbandes des Bundes der Militäranwärter. Dazu kamen 89 Orts 45 Vertreter gesamt aus 13 Kreisen; die 6345 Mitglieder vertreten. Bei der Eröffnung am Sonnabend begrüßten der 1. Vorsitzende Ritter und der Vorsitzende der Kreisgruppe Dresden, Schiller, die Delegierten sowie die eingesetzten Gäste. Den Jahresbericht gab Ritter. Er habe gehört, wie viel Mühe und Arbeit die durch die Verbandsversammlung veranlaßte Unterbringung von Hausemädchen bereitet - ganz ist sie auch heute noch nicht erledigt.

Die Aussprache über den Jahresbericht war eingehend.

Wir können nur das Wichtigste hervorheben. Ein Vertreter aus Magdeburg hielt die im Rahmen zum Haushaltplan angeforderten 25 Stellen für Justizoberamtmänner für viel zu gering. Weitere Stellen müssen angefordert werden. Unser Genosse Graf hat vor Längst bei Besprechung des Justizratzen eine Verbesserung der Lage der Justizwachtmeister bereits gewünscht. Herr Schöne, Dresden, gab in längeren Ausführungen ein Bild über die hemmende Wirkung der Sperrverordnung auf die von ihm vertretenen Beamtengruppen. Seine Anträge richteten Vertreter aus Löbau und Cottbus gegen die von einer Beamtengruppe verlangte Dreiteilung (Kanzlei, Rechtskammer, Expeditionsabteilung). Bei der Verwaltung wäre diese bereits eingeführt. Sie trat aber nur eine papierene Verordnung. Am prächtlichen Dienstag sei alles vom Alter geblieben. Es sei mit ihr nur beachtigt, den Bahnhof von Naturräubernzeugnissen gute Stellen zu sichern und die Militäranwärter in die Bevölkerungsgruppen 5 und 6 zu drängen. Der Dausner Vertreter, ein Justizbeamter, begehrte es besonders, daß der jetzige Justizminister, unser Genosse Dr. Beigner, die Dreiteilung in seinem Bereich bis jetzt nicht eingeführt habe. Er wünschte, daß auch die anderen Minister seinem Beispiel folgen möchten und die herausgesetzte Verordnung wieder zurückziehen. Ein Vertreter der Justizdirektion Cottbus kam über das Vorgehen des Personalamtes, das die Kanzleibeamten entgegen dem Landtagsbeschluss wieder in die Bevölkerungsgruppe 3 einreihen wollte. Er bat den Verband, dafür einzutreten, daß den Kanzleibeamten die Eingangsstelle in Gruppe 4 erhalten bleibe.

Unser Gewerkschafts- und Fachgruppenbildung berichtete vom Dombois. Er berichtete über die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die nach Aenderung der Staatsform das Vaterland von Anarchie bewahrte und die heute noch wichtigste Aufgaben zu erfüllen hat als früher. Die Revolution gab Anfang 1919 zum Zusammenschluß der Beamtin, denen die Organisation des Sozialstaates verboten war; freilich ist der Zusammenschluß erst nur eingeschränkt; es fehlt noch der innere Trieb und der richtige Geist. So haben sich auch die "höheren" sowie die "oberen" Beamtin zu einer besonderen Organisation gegeben. Die Bestrebungen, den Militäranwärterverbund in eine Gewerkschaft umzuwandeln, sind bisher abgelehnt worden, doch sucht die Fachgruppenbildung sich durchzusetzen. Aber auch ihre stehen allerdienst Schwierigkeiten entgegen.

Am Dienstag hierüber war man allgemein gegen Fachgruppenbildung und fachgewerbliche Berufsplattierung, durch die noch mehr Aufsichtsrechte geschaffen würden. Aber gewerkschaftlicher Geist muß bestehen, jeder Militäranwärter seiner Gewerkschaft angehören und mit dem Zivilanwärter gemeinsam zusammen. Dagegen wurde die Einrichtung der Fachausschüsse allgemein empfohlen und diese Antritt dann auch in den Vertratungen des Ausschusses aufgekommen.

Am Sonntag fand die Vollversammlung Beschlüsse über die Spar- und Darlehnskasse, den Wirtschaftsplan, Säuglingsförderungen und Anträge zu den Aufgaben des Landesverbandes. Bei den Wundangelegenheiten sprach man sich gegen die Anstellung eines Sanitäts aus, solange die Angelegenheiten des Bundes in den bisherigen Dienststellen blieben. Das Einschrein darf, daß den Angehörigen die Militäranwärter ohne Abzug weiterbeschäftigt werden, wurde freudig begrüßt. Als Ort für den Verbandstag 1923 wurde wieder Dresden, weil politische und organisatorische Mittelpunkt bestimmt; doch wurde beschlossen, besonders als Gegenposition gegen den R. D. S. im Vogtland einen Bezirkstag abzuhalten, dem je nach Gelingen andere in andern Gegenden folgen sollen.

Während der Vorstand durch Zusatz einstimmig wieder gewählt und man für einige Ausstehende Ergänzungswahlen (Lütticher, Pinfest, Wermsdorf) vorgenommen hatte, wurde der Tagung geschlossen.

Offiziere als Geschäftskräfte

Vollenbeter und versuchter Betrug wurde dem 87-jährigen ehemaligen Dekoßfänger, jetzt Inhaber eines Geschäfts für Schiffsausrüstungen in Hamburg, Hermann War, darüber zur Last gelegt, wodurch er sich vor dem Dresdner Strafgericht zu verantworten hatte. Zu seiner Person führte er u. a. an, er habe während des Krieges als Offizier in einem Marineverband gedient und sei dann dem Reichsflottille beigetreten. Dort wurde die Bildung eines schwimmenden Verbandes angeregt. Er weiß sei der eigentliche Gründer der "Schiffsfahrtsschule" und habe es aus politischen Gründen für richtig gehalten, nach der Ermordung des Kriegsministers Reuter in Dresden zu verbleiben. Mit seiner Abteilung war er Mitte Mai 1919 in Dresden eingetroffen. Das dort bestehende Marinabataillon sollte damals aus politischen Gründen aufgelöst werden. Angeblich hätte dies alles mit großer Vorsicht geschehen müssen. Vorher wurde aber erst noch ein ständiger Dampfer benötigt. Zur Zeit lag ein solcher Dampfer auf der Schiffswerft Nebelwagen. Er gehörte dem Schiffsoigner Jäsch in Briesel und trug den Namen Helmuth. Sodderständige schätzten ihn auf 12000 M. Jäsch nahm bei Jäsch Rücksicht und ließ durchblicken, daß Jäsch möglicherweise mit Enteignung der Reichsflottille rechnen könnte, es sei besser, die Neuerhebung lasse sich ohne Zwangsmöglichkeiten ermöglichen. Auch darauf traf die Schiffsfahrtsschule keine Rücksicht, es sei besser, die Neuerhebung lasse sich ohne Zwangsmöglichkeiten ermöglichen. Nachdem der Dampfer ging für 7500 M. in Reichsbesitz über, wurde umgebaut und kreuzte dann unter dem Namen Graf Spee auf der Elbe in Dienst der Schiffs-Halbflottille. Weiter hat Angeklagter noch den Anlauf eines Motorbootes bei der Firma Dings in Berlin für 9000 M. angelegt. Damit jedoch für Jäsch bei dem Handel etwas abfiel, sollte die Firma vom Reich 12 000 M. fordern. Der Handel ist aber nicht perfekt geworden. Es führte vor Gericht aus, er selbst habe sich nicht bei Reitern wollen, es würde aber immer einen Geld gebracht und da wäre es besser, es sei etwas da. Es sei seinerzeit von einem jungen Offizier aus politischer Gesellschaft dementiert worden.

Es machte sich eine lange Beweisaufnahme nötig. In dem Sachbericht, der damals vom Kapitänleutnant Dorsten (Miel) einer gereicht worden war, wurde ausgeführt, daß es für einen Offizier von seinem Stande unvereinbar sei, wenn er sich an Reichsgeldern beschäftige. Amel weitere damalige Offiziere, die jungen Studenten Bernold und Knoblich, hatten nach den Protokollen den Angeklagten belastet; es ging daraus hervor, daß er Schreibungen mit Zigaretten usw. vorgenommen hat. Jeuge Kapitänleutnant Schumann, jetzt Landwirt, in Briesel, läuft aus, damals sei es bei den Reichswettbewerben,

teilen üblich gewesen, Gelder auf irgendeine Art zu beschaffen, um die durcheinander geworfenen Geister bei guter Stimmung zu erhalten. In Dresden sei das aus politischen Gründen ganz besonders nötig gewesen. Schiffsoigner Jäsch bezeichnete sich als überrumpt, nachdem die Drohung mit Enteignung habe er sich zur Vergabe des Dampfers für diesen Preis bereitshalten lassen.

Der Staatsanwalt ließ die Anlage zum Teil fallen und stellte die Bestrafung in das Erwissen des Gerichts. Das Urteil lautete auf Freispruch. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Handlungweise des Angeklagten moralisch verwerthlich sei, aber nicht zur Verurteilung wegen vollendeten und verüchtigen Betrugs genüge.

Verstoß gegen das Fürsorgegesetz

Am 13. Oktober 1921 waren aus der Fürsorge-Erziehung anstatt Bildern drei Fürsorgeabgänglinge entwischt. Sie hatten sich zum Gutebejahr hängen in Unterscheide bei Schwarzenberg beigegeben und waren dort eingekleidet und drei Wochen lang beschäftigt worden gegen ihre Versorgung und 16 M. Taschengeld wöchentlich. D. will nicht gewußt haben, daß sich die Knaben in Fürsorgeerziehung befanden, sondern der Wissenschaft gemein sein, daß sie aus der Anzahl entlassen worden waren. Später hat er aber zugelassen müssen, gewußt zu haben, daß einer der Knaben ein Fürsorgeabgänger war. Er durfte sich also nicht aus die Angaben der Knaben verlassen, mußte sie vielmehr nach den Entlassungspapieren fragen und sich bei der Anstaltsleitung erkundigen, um so mehr, als er früher Wallenbaumer war und genau wußte, daß Fürsorgeabgänger zu gern jede Gelegenheit benutzen, sich der Fürsorgeerziehung zu entziehen. Windessem ist er groß sahlos gehandelt. Er habe struppellos die Einstellung vorgenommen, trotzdem er dann rechnen mußte, daß die Knaben aus der Anstalt entwischen waren. Es wurde darauf hingewiesen, daß D. einmal einen Fürsorgeabgänger in Arbeit genommen hatte. Nach allein sei ein Kinderjährigen behilflich gewesen, sich der Fürsorgeerziehung zu entziehen. Die ganze Geschichte sei ihm eine willkommene Gelegenheit gewesen, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Das Landgericht hat deshalb auf 600 M. Geldstrafe erklungen. Auf die Revision des Angeklagten hat das Oberlandesgericht verzichtet. Es werden das angefochtene Urteil wegen des Strafauspruches aufgehoben und die Sache an den Obertribunal zurückverweisen, um über das obige Rechtsmittel verworfen. Die Aufhebung erfolgte, im weil das Geldstrafengesetz vom Jahre 1921 angewendet worden ist, das erst am 1. Januar 1922 in Kraft trat. Es durfte aber nur Verstrafung nach dem Fürsorgegesetz erfolgen. (Hochstrafe 60 M.)

Der Dienstagabend Blasewitz soll einmal zeigen, welche Bedeutung die beiden Vororte in der Blütezeit unserer Kultur gehabt haben. In einer Zeit, wo das Neuen noch keine Erholung, sondern mit Erneuerungen aller Art verknüpft war, und als auch die Lösung noch nicht ihren späteren Charakter eines Willens und Kulturbütoriums von Dresden erlangt hatte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner Heimat aus jener Zeit, Wilhelm von Kügelgen, in seinem bekannten Volksschule zu Antonius und Barbara erläuterte, waren Ludwig und Bachwitz mit ihren Weinbergen die Erholungsstätte für die Dresdner Einwohner und Blasewitz der Zugangsort dazu. Wer es unter den vermögenden Einwohnern ermöglichen konnte, suchte sich ein kleines Häuschen mit einem Weinberg auf den sonnigen Hohen zu erwerben. Wie es der Schilderer seiner He

Bierter Verbandsitag des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Leipzig

E. R. In der Diskussion über die Satzung zur Gründung eines Baugewerbeverbundes sprachen die beiden Vertreter des Gläser, sowie des Töpferverbandes die Freiheitliche Vereinigung ihrer Organisationen zur Beteiligung an der Gründung des Bundes aus, wohingegen die beiden Vertreter des Steinzeugarbeiterverbandes und des Punktens der technisch-industriellen Angestellten sich zum bisher absehenden Standpunkt ihrer Organisationen äußerten.

Vor Beginn der Nachmittagssitzung war der Zeitung des Verbandsitages bekannt geworden, daß die Kommunisten die organisierte Sitzung des Verbandsitages planten und ihre Anhänger zum "Eingreifen" aufgerufen hätten. Die Volkskommission setzte deshalb die Schließung der Galerien angeordnet. Völkern, Polingen, beschwerte sich gegen die Schließung, Silbermann ist erläuterte unter Zustimmung des Verbandsitages, man habe keine Macht, den Kommunisten die Entwicklung ihrer Störungsbabisten zu erleichtern.

Es berichtete dann die Beschwerdekommission über die noch nicht erledigten Beschwerden. Auf ihren Antrag wurden alle Anträge auf Rücksichtnahme der Streikunterstützung an die Volkskassen sowie einige andere Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu den Beschwerdekommission vorgelegte Entschließung, monatlich zu Maßnahmen des Verbandsvorstandes gegen die kommunistischen Betriebe abbilligt werden und den Mitgliedern, die kommunistischen Betriebsvereinen angehören, bis zum 1. August 1922 der Betriebsverein in den Verband unter Anordnung ihrer früheren Mitgliedschaft ermächtigt wird, wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. Darauf wurde der Antrag, die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, der Schriftleitung des Grundstein und des Verbandsauschusses zugeteilt und ihnen Vollmacht zu erteilen, mit allen gegen eins einstimmig angenommen.

In der Abstimmung über die zum Vorstandsbereich gehörenden Anträge wurde beschlossen, für die Aussteilhilfe 500 000 M. an den A. D. G. V. zu überweisen.

Der Verbandsitag bestätigte mit übergroßer Mehrheit den Neutralitätschluss des Karlsruher Verbandsitages und stimmte der damals gefassten Resolution in allen Punkten entgegen.

Dann hielt Wöhlom den einleitenden Vortrag zum zweiten Punkt der Tagesordnung: "Ausbildung der Verbandsarbeit für die Gründung eines Baugewerbeverbundes". Wöhlom führte aus, über den Baugewerbeverbund sei seit Jahr und Tag so viel geredet und geschrieben worden, daß vermutlich werden könne auf längere Zeit eine neue Gründung des Verbandsvorstandes immer erneut den Auftag bekommen habe, für den Baugewerbeverbund zu wirken und nun einen Lösungsentwurf vorzulegen. Auch ein mit der Behandlung der Frage beauftragter Ausschuß des A. D. G. V. hat den baugewerblischen Verbänden die Mitarbeit zur Gründung des Baugewerbeverbundes empfohlen. Der Vorstand habe sich deshalb zur Verteilung eines vom preußischen Sitzungspunkt aus entschlossen. Danach soll der Deutsche Baugewerbeverbund im Rahmen des A. D. G. V. die gewerkschaftliche Organisation werden für alle in der Industrie und allen Tiefbauarbeiter und Arbeitern, Werkmeister, Handwerker und Lehrlinge, soweit nicht durch die Berufsfürsorge des A. D. G. V. oder durch besondere Kartellvereinigungen die Zuständigkeitsbereiche von Organisationen für bestimmte Arbeitergruppen festgestellt sind. Als hier nur in großen Zügen angegebene programmatische Aufgaben stellt sich der Bund: Vergesellschaftung des gesamten Bau- und Wohnungswesens, Beseitigung des Wohnungsmangels, Erzeugung und Versorgung der Baustoffe sowie Herstellung aller Bauwerke nach Bedarfs- und gemeinschaftlichen Grundsätzen.

Über die Diskussion werden wir im Zusammenhang berichten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bevollmächtigten der sächsischen Metallarbeiter zum Streik in Süddeutschland

Die Bevollmächtigten-Konferenz des Bezirks Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes fand am letzten Sonntag im Volkshaus in Dresden statt. Sie war von 85 Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Freistaat Sachsen besucht. Das Thema der Besetzung bildete der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter. Nach langer und sachlicher Debatte fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

Die Bevollmächtigten-Konferenz des Bezirks Dresden des A. D. G. V. stimmt den Maßnahmen zu, die der Vorstand mit den Verbandsfunktionären und Vertretern der Streikenden im Kampf der süddeutschen Metallarbeiter getroffen hat und verzerrt den Kampfenden erneut ihre volle Solidarität und nachdrücklichste Unterstützung.

Anerkennend den Abschluß des Auschusses des A. D. G. V., der in seiner finanziellen Auswirkung den Streikenden neben durch die Mittel des A. D. G. V. geführten statutaristischen Streikunterstützung einen besonderen Nutzen gewährte, sieht die Bevollmächtigten-Konferenz als selbstverständlich voran, daß sämtliche Verbandsmitglieder im Bezirk den vom Vorstand ausgeschriebenen Extraarbeitszeit reüss entrichten, wie darüber hinaus in solidarischer Handlung alles Notwendige zu tun, um dem Kampf der süddeutschen Metallarbeiter einen erfolgreichen Abschluß zu sichern.

Alle zur Durchführung und Unterstützung des Kampfes notwendigen Maßnahmen sind durchzuführen nach den Anweisungen der Centralleitung, dem Vorstand des A. D. G. V. und den Verbandsfunktionären im Lande.

Im Anschluß hieran machte sodann Kollege Siebe die Mitteilung, daß außer den doppelten Beiträgen von den Volkskassen der einzelnen Verwaltungsstellen im Bezirk Dresden dem Vorstand in Stuttgart noch 1221 765,50 M. bis jetzt überwiesen sind. Weitere Summen werden folgen. Diese vom festen Willen getragene Solidarität wird den Vorstand in die Lage versetzen, die Unterstützung der streikenden süddeutschen Metallarbeiter so zu gestalten, daß sie im Kampfe aushalten, bis er zu ihren Gunsten entschieden ist.

Die Streiklage im Bäckergewerbe

Ein vom Arbeitsministerium unter Vorbehalt des Regierungsrates Brandt unternommener Einigungsvorschlag zwischen den Parteien am 11. Mai scheiterte noch vielfältiger Verhandlung, indem die Arbeitgeber erneut Anträge an die Streikenden stellten,

die es nicht Gegenstand derforderungen der Streikenden sind. Indem sie die Forderungen in der Lohnhöhe anerkennen, forderten sie gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich. Die Arbeitszeit beträgt nach den gegenwärtigen bestehenden Mantelverträgen acht Stunden täglich, einschließlich einer halben Stunde Pause. Diese Arbeitszeit besteht beispielsweise in den beiden Konsumvereinen in Dresden seit mehr als zehn Jahren. Trotzdem die bestehenden Mantelverträge sei einiger Zeit davon ab, die gestellten Forderungen auf Verfestigung der Mantelverträge zum Kampftitel zu machen, sondern begnügte sich damit, daß die bestehenden Mantelverträge verlängert wurden. Die Arbeitgeber haben also damit die Streiklage verschärft.

Nach wie vor handelt es sich bei den Streikenden nur um die reinen Wohnungsverbände, die bereits von den Konsumvereinen in Dresden als berechtigt erkannt worden sind. Am Sonnabend den 18. Mai beschäftigte sich mit der Streiklage eine Funktionär- und Betriebsrätekonferenz der gesamten Organisation des Centralverbandes der Bäcker und Konditoren von Dresden und Umgegend und beschloß, daß die circa 8000 Mitglieder der Gewerkschaft, die in der Schokoladen-, Käse- und Feinkostindustrie beschäftigt sind, den Streikenden ihre volle Sympathie und moralische und finanzielle Unterstützung zur Unterstützung der Streiklage gewähren.

Neuregelung der Löhne im Malergewerbe. laut Schiedsentscheid des Hauptarbeitsgerichts beträgt der Lohn im Malergewerbe ab 16. Mai 28 M. pro Stunde. Zu diesem Verhandlungsergebnis nehmen die Kollegen in den Belegschaftsversammlungen am 16. Mai Stellung.

In dem Streik der süddeutschen Metallarbeiter wurde wiederum durch die bayerische Regierung, d. h. durch die sozialistischen Referenten im bayerischen Sozialministerium, eine Ausgleichsverhandlung ver sucht. Die Vertreter der Metallarbeiter schließen sich auf den Verhandlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums ein, der auf der Grundlage der 47-Stunden-Woche basiert. Die Unternehmen halten dagegen an der 48-Stunden-Woche fest, so daß sich die Verhandlungen zerklungen. Der bayerische Ministerpräsident Graf Reichenfeld will aber neue Verhandlungen mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiterschaft zur Beseitigung des Metallarbeiterstreites führen.

Bäderstreik in Halle. Gestern sind im Halle sämtliche Bädergefele in den Außenbad getreten. Die Bäderleitung ist ohne Boot, da auch die Bäder des Konsumvereins sich dem Streik aus Sympathie angeschlossen haben. Die Bädermeister haben die verlängerte Öffnungszeit abgelehnt, weil der Magistrat seine Zustimmung zu der angestrebten Preissteigerung verweigert hatte.

Im Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Staatsangestellten und Arbeitnehmer begonnen. Sollten die jetzigen Verhandlungen zu einem schnellen Abschluß gebracht werden können, so besteht die Möglichkeit, die neuen Löhne bereits Anfang Juni auszuzahlen.

gestellten freigesprochen seien, würde gegen alle drei Angeklagten das Urteil auf Dienstentlassung gefällt.

In der Vergangenheit wurde darauf hingewiesen, daß keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungweise der drei Beschuldigten vorhanden seien. Ein Streikrecht der Beamten müsse die Kammer verneinen.

Durch dieses Urteil wird die Frage des Streikrechts der Beamten noch nicht erledigt sein.

Ende des Streiks im Dortmunder Revier

Der Ausschluß im Dortmunder Revier kann in der Hauptsache als brennender Betracht werden. Auf den Seiten sind die Belegschaften am Freitag wieder voll angespannt. Auf vier Seiten steht noch ein kleiner Teil der Belegschaften.

Neuregelung der Löhne im Malergewerbe. laut Schiedsentscheid des Hauptarbeitsgerichts beträgt der Lohn im Malergewerbe ab 16. Mai 28 M. pro Stunde. Zu diesem Verhandlungsergebnis nehmen die Kollegen in den Belegschaftsversammlungen am 16. Mai Stellung.

In dem Streik der süddeutschen Metallarbeiter wurde wiederum durch die bayerische Regierung, d. h. durch die sozialistischen Referenten im bayerischen Sozialministerium, eine Ausgleichsverhandlung ver sucht. Die Vertreter der Metallarbeiter schließen sich auf den Verhandlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums ein, der auf der Grundlage der 47-Stunden-Woche basiert. Die Unternehmen halten dagegen an der 48-Stunden-Woche fest, so daß sich die Verhandlungen zerklungen. Der bayerische Ministerpräsident Graf Reichenfeld will aber neue Verhandlungen mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiterschaft zur Beseitigung des Metallarbeiterstreites führen.

Bäderstreik in Halle. Gestern sind im Halle sämtliche Bädergefele in den Außenbad getreten. Die Bäderleitung ist ohne Boot, da auch die Bäder des Konsumvereins sich dem Streik aus Sympathie angeschlossen haben. Die Bädermeister haben die verlängerte Öffnungszeit abgelehnt, weil der Magistrat seine Zustimmung zu der angestrebten Preissteigerung verweigert hatte.

Im Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Staatsangestellten und Arbeitnehmer begonnen. Sollten die jetzigen Verhandlungen zu einem schnellen Abschluß gebracht werden können, so besteht die Möglichkeit, die neuen Löhne bereits Anfang Juni auszuzahlen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Der Verein Volksgesundheit Dr. Welt lobt zum Baden ein!

Die Bäderorganisation hat mit dem 30. April noch unter dem Zeichen großer Zeuerung begonnen. Wie lange sie noch erhalten wird, ist nicht vorzusehen. Die Bäderpreise haben wie so formuliert, daß wir glauben, mit ihnen wenigstens vorläufig auszukommen. Sollte wider Erwarten der Wasserzins, die Löhne usw. Zusätzlich noch mehr steigen, so sind wir gezwungen, die Bäderpreise dringend zu ändern.

— Die Bäderleitung war genötigt, auch in diesem Jahre wieder verschiedene Neuerungen vorzunehmen. Die Schwimmschule mußte verschoben werden, die Turngruppe, sowohl familiärer Zusaten müssen abgebrochen und als neu von Orien wieder errichtet werden. Unser Bad hat dadurch sehr an Platz gewonnen und werden die Besucher unseres Bades dies zu schätzen wissen. Wir verlangen nur als Gegenleistung, daß jeder Einzelne drauf achtet, daß Ordnung und Reinlichkeit in unsern Anlagen herrscht. Das Bad befindet sich an der Goethestraße in Vorstadt Cotta.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Gruppe, 18. Mai, abends 8 Uhr, in der Baumwiese Sizuna. Die Bundesteilnehmerzahl ist endgültig angegeben. — 4. Gruppe, 17. Mai, Ausschlußtagung in Höhingen, 7½ Uhr. Die Belebungen bet. Beteiligung zum Bundesfest sind endgültig von allen Vereinen anzuzeigen. — Vassendorf-Wilmersdorf, 21. Mai, Familienausflug nach der Dippoldiswalder Heide. Steinbruchschänke. Dafür steht ein Lanzahn sowie Spielt für Kinder. Abmarsch mit Busfahrt 1 Uhr vom Gaihof Vassendorf. — 5. Gruppe, Sportfest in Schöneweide am 20. und 21. Mai. Kommerz Turner und Günter im Gaihof. 21. Mai, Früh: Beginn des Vereinsbürgertum-Turnfestes der Turner und Turnertinnen, 12½ Uhr. Sollen zum Festzug durch den Ort. Aufsatz zum Bundesfest. Feuerwehrübung und familiäre Feste. Einzelwettbewerbe im Volkstümlichen. Rassengesang. Die Genossen sollten noch in letzter Stunde alles auf die Weise bringen, um unter Acht zu einem wischen Arbeitsschafft zu machen. Denkt ein jeder, daß Weise zu wollen. Wohlt gute Disziplin und Manneskraft. Ein jeder muß in Schweißigkeit sein. — Radik. 21. Mai, Sommerturnfest auf dem Sportplatz an der Quadrigastrasse.

Turnerinnen der Gruppe Dresden, 20. Mai, 8 Uhr abends, in der 42. Volksschule in Dresden-Lichtenau. Gruppen für 10-15 Turnerinnen zu deponieren. Probe zum Reichsarbeits-Sporttag. Neuland wird mitbringen. Pünktlichkeit und zahlreiche Erreichungen ist dringend Pflicht. Resultat von den Reichsmeisterschaften in Cotta. Faustball: Bäderhalle - Striesen 1. Gruppe 71:74. Medingen gegen Westen 8. Gruppe 81:84. Nachau - Striesen 60:50. Striesen gegen Bäderverein 1. Gruppe 11 (Kreisverbandsspiel). Döhren gegen Westen 3:8. Ein flottes und scharfes Spiel, das bis zum Schluss anhielt. Beide zeigten gutes Können, doch war Westen technisch besser. — Schlagball (Kreisverbandsspiel): Striesen 1 (VdR) gegen Hochstädt 1 (VdR) 28:87.

Turnerinnen der Gruppe Dresden, 20. Mai, 8 Uhr abends, in der 42. Volksschule in Dresden-Lichtenau. Gruppen für 10-15 Turnerinnen zu deponieren. Probe zum Reichsarbeits-Sporttag. Neuland wird mitbringen. Pünktlichkeit und zahlreiche Erreichungen ist dringend Pflicht. Resultat von den Reichsmeisterschaften in Cotta. Faustball: Bäderhalle - Striesen 1. Gruppe 71:74. Medingen gegen Westen 8. Gruppe 81:84. Nachau - Striesen 60:50. Striesen gegen Bäderverein 1. Gruppe 11 (Kreisverbandsspiel). Döhren gegen Westen 3:8. Ein flottes und scharfes Spiel, das bis zum Schluss anhielt. Beide zeigten gutes Können, doch war Westen technisch besser. — Schlagball (Kreisverbandsspiel): Striesen 1 (VdR) gegen Hochstädt 1 (VdR) 28:87.

Turnerinnen der Gruppe Dresden, 20. Mai, 8 Uhr abends, in der 42. Volksschule in Dresden-Lichtenau. Gruppen für 10-15 Turnerinnen zu deponieren. Probe zum Reichsarbeits-Sporttag. Neuland wird mitbringen. Pünktlichkeit und zahlreiche Erreichungen ist dringend Pflicht. Resultat von den Reichsmeisterschaften in Cotta. Faustball: Bäderhalle - Striesen 1. Gruppe 71:74. Medingen gegen Westen 8. Gruppe 81:84. Nachau - Striesen 60:50. Striesen gegen Bäderverein 1. Gruppe 11 (Kreisverbandsspiel). Döhren gegen Westen 3:8. Ein flottes und scharfes Spiel, das bis zum Schluss anhielt. Beide zeigten gutes Können, doch war Westen technisch besser. — Schlagball (Kreisverbandsspiel): Striesen 1 (VdR) gegen Hochstädt 1 (VdR) 28:87.

Turnerinnen der Gruppe Dresden, 20. Mai, 8 Uhr abends, in der 42. Volksschule in Dresden-Lichtenau. Gruppen für 10-15 Turnerinnen zu deponieren. Probe zum Reichsarbeits-Sporttag. Neuland wird mitbringen. Pünktlichkeit und zahlreiche Erreichungen ist dringend Pflicht.

Ein vom Arbeitsministerium unter Vorbehalt des Regierungsrates Brandt unternommener Einigungsvorschlag zwischen den Parteien am 11. Mai scheiterte noch vielfältiger Verhandlung, indem die Arbeitgeber erneut Anträge an die Streikenden stellten,

die es nicht Gegenstand derforderungen der Streikenden sind. Indem sie die Forderungen in der Lohnhöhe anerkennen, forderten sie gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich. Die Arbeitszeit beträgt nach den gegenwärtigen bestehenden Mantelverträgen acht Stunden täglich, einschließlich einer halben Stunde Pause. Diese Arbeitszeit besteht beispielsweise in den beiden Konsumvereinen in Dresden seit mehr als zehn Jahren. Trotzdem die bestehenden Mantelverträge sei einiger Zeit davon ab, die gestellten Forderungen auf Verfestigung der Mantelverträge zum Kampftitel zu machen, sondern begnügte sich damit, daß die bestehenden Mantelverträge verlängert wurden. Die Arbeitgeber haben also damit die Streiklage verschärft.

Nach wie vor handelt es sich bei den Streikenden nur um die reinen Wohnungsverbände, die bereits von den Konsumvereinen in Dresden als berechtigt erkannt worden sind. Am Sonnabend den 18. Mai beschäftigte sich mit der Streiklage eine Funktionär- und Betriebsrätekonferenz der gesamten Organisation des Centralverbandes der Bäcker und Konditoren von Dresden und Umgegend und beschloß, daß die circa 8000 Mitglieder der Gewerkschaft, die in der Schokoladen-, Käse- und Feinkostindustrie beschäftigt sind, den Streikenden ihre volle Sympathie und moralische und finanzielle Unterstützung zur Unterstützung der Streiklage gewähren.

Neuregelung der Löhne im Malergewerbe. laut Schiedsentscheid des Hauptarbeitsgerichts beträgt der Lohn im Malergewerbe ab 16. Mai 28 M. pro Stunde. Zu diesem Verhandlungsergebnis nehmen die Kollegen in den Belegschaftsversammlungen am 16. Mai Stellung.

In dem Streik der süddeutschen Metallarbeiter wurde wiederum durch die bayerische Regierung, d. h. durch die sozialistischen Referenten im bayerischen Sozialministerium, eine Ausgleichsverhandlung ver sucht. Die Vertreter der Metallarbeiter schließen sich auf den Verhandlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums ein, der auf der Grundlage der 47-Stunden-Woche basiert. Die Unternehmen halten dagegen an der 48-Stunden-Woche fest, so daß sich die Verhandlungen zerklungen. Der bayerische Ministerpräsident Graf Reichenfeld will aber neue Verhandlungen mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiterschaft zur Beseitigung des Metallarbeiterstreites führen.

Bäderstreik in Halle. Gestern sind im Halle sämtliche Bädergefele in den Außenbad getreten. Die Bäderleitung ist ohne Boot, da auch die Bäder des Konsumvereins sich dem Streik aus Sympathie angeschlossen haben. Die Bädermeister haben die verlängerte Öffnungszeit abgelehnt, weil der Magistrat seine Zustimmung zu der angestrebten Preissteigerung verweigert hatte.

Im Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Staatsangestellten und Arbeitnehmer begonnen. Sollten die jetzigen Verhandlungen zu einem schnellen Abschluß gebracht werden können, so besteht die Möglichkeit, die neuen Löhne bereits Anfang Juni auszuzahlen.

Die Bäderorganisation hat mit dem 30. April noch unter dem Zeichen großer Zeuerung begonnen. Wie lange sie noch erhalten wird, ist nicht vorzusehen. Die Bäderpreise haben wie so formuliert, daß wir glauben, mit ihnen wenigstens vorläufig auszukommen. Sollte wider Erwarten der Wasserzins, die Löhne usw. Zusätzlich noch mehr steigen, so sind wir gezwungen, die Bäderpreise dringend zu ändern.

— Die Bäderleitung war genötigt, auch in diesem Jahre wieder verschiedene Neuerungen vorzunehmen. Die Schwimmschule mußte verschoben werden, die Turngruppe, sowohl familiärer Zusaten müssen abgebrochen und als neu von Orien wieder errichtet werden. Unser Bad hat dadurch sehr an Platz gewonnen und werden die Besucher unseres Bades dies zu schätzen wissen. Wir verlangen nur als Gegenleistung, daß jeder Einzelne drauf achtet, daß Ordnung und Reinlichkeit in unsern Anlagen herrscht. Das Bad befindet sich an der Goethestraße in Vorstadt Cotta.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Gruppe, 18. Mai, abends 8 Uhr, in der Baumwiese Sizuna. Die Bundesteilnehmerzahl ist endgültig angegeben. — 4. Gruppe, 17. Mai, Ausschlußtagung in Höhingen, 7½ Uhr. Die Belebungen bet. Beteiligung zum Bundesfest sind endgültig von

Generalversammlung des 6. Unterbezirks

Der Vorstand, Genosse Karl Hartwig, eröffnete die
durch Delegierte aus allen Betrieben stark besuchte Versammlung und
huldigte den im letzten Geschäftsjahr durch den Tod ausgesche-
denen Genossen und Genossinnen einen ehrenden Nachruf. Der
Unterklavier hat einen Verlust von 67 Genossen und 11 Genossinnen
durch den Tod zu beklagen.

Am Anfang davon erzielte der Sitzplatz des Kreises, ebenso Ruhrtal, den Erfolg. Er wies darauf hin, daß auch im letzten Jahre die schwierige wirtschaftliche und politische Situation hauptsächlich auf die Wiederwahl unter Parteidominanz eingewirkt habe. Dazu haben sich Ergebnisse gezeigt, die nicht immer in dem Maße, wie es notwendig war, eine ruhig und objetiv denkende Mitgliedschaft gefunden haben. Das habe sich insbesondere in manchen Beiträgen des Kreises bei der Bearbeitung des Eisenbahnerstreits gezeigt, wo eine Reihe Eisenbahner sich der Mitgliedschaft der Partei entzieht hat, die sozialistische Presse abstellte und dafür eine bürgerliche Zeitung ins Hand nahm. Auch der Stenograf der sozialistischen Parteien untereinander hat nur wenig ausgeschlossen. Die links von uns stehenden Parteien sind auch jetzt noch nicht bereit, auf ihre verantwortungslose Agitationspolitik zu verzichten, und während links von der U.S.P. der Sozialismus weiter waltet, schlägt sich das reaktionäre Element auf der anderen Seite immer fester zusammen. Die Art und Weise, wie diese Parteien links und rechts von uns einen fruchtbaren Boden für ihre Agitation geschaffen. Trotz der traurigen Wiederaufnahme, trotz der großen Verantwortung, die unsere Partei durch die Übernahme der Regierungsgeschäfte im Herbst und in Gewissen auf sich geladen hat, und trotz den Differenzen mit den Eisenbahnern ist es gelungen, den Mitgliedsbestand nicht nur zu erhalten, sondern um mehr als 300 zu erhöhen. Diese Ausnahme ist zwar gering, aber erklärlich, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die sich im letzten Geschäftsjahr der Mitgliederorganisation entgegengestellt haben. Die Bezirke, in denen ein Stützpunkt in der Mitgliederbewegung eingerettet war, werden es sich angelegen sein lassen, mit verdoppelter Kraft im kommenden Jahre die Werbearbeit auszunutzen. Zur Zeit sind 12477 zahlende Mitglieder vorhanden. Kapitolsdaten erzielen nicht.

Womit auch die Mitgliederzunahme ebenfalls nicht allzu groß ist, es sind 111 Frauen als Mitgliedsvergnügsabend zu buchen, so muß weiter bestehen werden, daß die Zeitung und die erschwerete Lebenshaltung auf die Frau ansetzt und am stärksten einwirkt. Der alten Sitzen ist an der Schulung und Bildung der Frauengruppen und Parteigenossinnen fleißig gearbeitet und kleine Erfolge sind erzielt worden. Es bestehen im Acrene eine große Zahl Frauengruppen, in denen ein frisches Leben besteht. Insgesamt haben 150 Verantwortlichen für die Frauen stattgefunden. An diesen sind alle das Frauenleben beruhenden Fragen ausgiebig behandelt worden. Im ganzen Unterbezirk sind jetzt 200 organisierte Genossinnen vorhanden. Diese Zahl kann wesentlich erhöht werden, wenn jeder Parteidienst darauf hinweist, daß seine weiblichen Angehörigen der Partei als Mitglied zugeführt werden.

Herrausz zogen zwar das Vereinsleben. Das Getreide der Fleaney, von unsre Partei verloft sei, ist daher noch rechtzeitig

Fortsetzung

benfallig geworden. 668 Mitgliederversammlungen und 87 öffentliche Versammlungen legen Bezugnahme ab von der freizeitigen Tätigkeit der Oelzgruppen und Bezirke. Die Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht. Kreis- und Funktionärversammlungen fanden vier statt, Gemeindewertertreterkonferenzen 10, darunter vier für den ganzen Kreis. Der Kreisverband erledigte in 14 Sitzungen seine Arbeit. Die Zahl der Verwaltungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen der Stadt, konnte statistisch nicht ermittelt werden.

Seite 8

Die im Anschluss an den Bericht vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Hertzwig, 2. Vorsitzender Stiel, Schriftführer Wohlfahrt, Gotha. Als Vertreterin der Frauen wurde gewählt die Genossin Bürger, Löbau. Als Mitglieder der Beitragskommission die Genossen Paul, Deubau, Starke, Gittersee, Gottlobser, Löbau, Behold, Striesen. Als Reiniger: Voßmann, Blaau, Hoffmann, Wirkigt, Göbelichowitz, Striesen. In den Bezirksvorstand für Lütschenhain wurden entsandt die Genossen Hertzwig, Löbau, Voßmann, Stiel, und Tünghal, Wirkigt. Außerdem wurden die von den einzelnen Bezirken gewählten Bezirksführer bestätigt.

Im Anschluß an die geschäftlichen Angelegenheiten hielt Ge-
nossen Bölsch einen ausführlichen Vortrag über die **sächsische Landespolitik**. Auf alle wichtigen Fragen ging er ein. Er behandelte eingehend in großen Zügen das Zusammenarbeiten der Regierungsparteien, erläuterte die Finanz- und Steuerfragen, ging weiter ein auf die Besoldungs- und Personalpolitik und beprobte ausführlich die durch die Bürgerlichen jetzt geschilderte politische Situation. Die Haltung der Bürgerlichen gegenüber der jetzigen Regierung zeige, daß die unter unserer Führung betriebene Politik die richtige sei, und daß sie so lange als möglich von der jetzigen Mehrheit fortgesetzt werden müsse. Eine ganze Anzahl für das zweitjährige Volk wichtiger Gesetze sei im Werden begriffen und bevor diese nicht erledigt seien, könne von einer Auflösung des Landtages keine Rede sein. Dem Ansturm der Bürgerlichen sollten unsre Genossen mit Ruhe entgegensehen, aber unablässig bemüht sein, durch weiteren Ausbau der Parteiorganisationen und restlose Aufklärung in allen Bewohlungskreisen den Anhängern der Bürgerlichen auszuweichen. In der anschließenden Kürzen Aussprache ging Genosse Bölsch, stellte des näheren auf den kommenden Volksentscheid ein. Genosse Böhmisch machte einige Ausführungen über die Reform der Gemeindeverfassung und ersuchte die Landtagsfraktion, bei Schaffung dieses Gesetzes dem Willen der Bevölkerung nach Demokratisierung der Verwaltung restlos Rechnung zu tragen. Er ermahnte die Delegierten, bei dem kommenden Volksbegehrten ein wachsames Auge auf die

Um Anschluß an die Vorträge wurden die Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag vorgenommen. Gewählt wurden: Genosse Siebrach, Strelitz, mit 146 Stimmen, Genosse Nitsche, Freital, mit 110 Stimmen, Genosse Fontaine mit

Ein Antrag Dresden-Ost, der die Ausstellung der Kandidaten zum Landtag usw. geändert wissen will, wurde abgelehnt, die übrigen Anträge, über die bereits berichtet wurde, angenommen. Mit einem anfeuernden Schlusswort schloß gegen 2 Uhr nachmittags Genosse Krause, Abbenau, mit 76 Stimmen.

1

82r-1

Die
Die Bag
erig. Die
habenmaate
er Linie in
Besserun
re Wühle, i
n diese We
Ende 19

für den Sohn
zu benennen
würde. Ich
möchte Ihnen
diese Sache
noch einmal
ausführlich
erklären.

Doch grün

nen, hat
immer grü-
ngebessen
Ausicht
die Industrie
belagt, n-
s, sondern
ähnliche
Scher we-
en hat und
leitet, in
ann die D-
Eisenbahn
an. Am 1-
aufsiede, da-
en Störs

förmigen.
Seit dem
ältesten
Während
dieser, vere
in der unb
ionen zu
Ergebnis f
die Lounie

Revier über
zu. Später
am Stahl.
Die ungefähr
halten, ge-
llförmige
ble nach
der Rabe
Wälzchen
Rangier-
wagen

Utraine
Sland aus
en Menschen
im Hofen
engelicher
z warmer
weil die
Gleich
große St
n wird, n
ist dabei
Gruppe
hne einen
raktion der
meinen w
ländischen
beabsichtig
elichen ge

Die Verleihung
am 23. Mai
ist noch nicht
Genüsse ge-
wesen, ist stetig
aufgezögert. Es
ist dafür sorge-
n die Entschei-
dung von Lobes
und auch beim
Vorstand der Ufa-

Rücktritt
treten. Wo
Die Verh
b fürzter
tjenlichkeit
ß unbede
darbietet

